

Kantonsräte kritisieren Untersuchungen zum «Kanti-Leck»

ST. GALLEN Der Untersuchungsbericht zu den Vorgängen rund um das «Kanti-Leck» sorgt bei Kantonsräten für Diskussionsstoff. Politikerin Yvonne Suter (CVP) etwa will den Fall noch nicht zu den Akten legen.

Die Untersuchungen rund um das «Kanti-Leck» werfen hohe Wellen. Der Bericht der Rechtspflegekommission wirft bei Kantonsräten Fragen auf. Eine hitzige Debatte im Kantonsrat Ende Monat schein vorprogrammiert.

Die Kommission beantragt dem Rat, die Untersuchung einzustellen und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Trotz langwieriger Abklärungen bleibt insbesondere die Herkunft und der Weg der Dokumente, aus denen Informationen via den Nesslauer Gemeindepräsidenten Kilian Looser an die Medien gelangten, im Dunkeln. Looser hatte stets betont, die vertraulichen Papiere – darunter eine E-Mail von Regierungsrat Benedikt Würth – seien nach der Landsitzung der Regierung liegen geblieben.

Mehr Fragen nach dem Bericht als Antworten

Für den SVP-Kantonsrat Ivan Louis, wie Looser ebenfalls aus Nesslau, wirft der Bericht der Rechtspflegekommission mehr Fragen auf, als er beantwortet. Aufgrund der verschiedenen Untersuchungen heisst es im Be-

richt, die angeblich vom Gemeindepräsidenten von Nesslau aufgefundenen Dokumente könnten nicht von einem Sitzungsteilnehmer stammen. Louis fehlt dafür im Bericht eine Begründung: «Zudem wird von der Bearbeitung der E-Mail gesprochen.» Louis fragt sich, ob die E-Mail tatsächlich inhaltlich bearbeitet wurde oder nur in der Formatierung. Er sagt: «Nach meinem Informationsstand wurde lediglich die zweite Seite einer ausgedruckten E-Mail gefunden, weshalb der Empfänger nicht ersichtlich war – sollte das der Fall sein, geht es recht weit, von einer Bearbeitung zu sprechen.»

Untersuchungen noch nicht abschliessen

Für Yvonne Suter (CVP) wäre es falsch, den Fall nun vorschnell zu den Akten zu legen: «Es kann nicht sein, dass die entscheidende Frage der Untersuchung ungeklärt bleibt.» In einer Kollegialbehörde sei Vertrauen zentral und man müsse definitiv ausschliessen können, dass ein Regierungsmitglied einem anderen Regierungsmitglied mit einer ille-

galen Tat politisch schaden wollte. Der Bericht der Rechtspflegekommission lasse nämlich stark vermuten, dass Kilian Looser nur als Mittelsmann fungiert habe. Suter will sich mit anderen Kantonsräten besprechen und dann über das weitere Vorgehen – namentlich auch über die Frage einer erweiterten Akteneinsicht – entscheiden.

Heikle Inhalte im privaten Mail

Der Stadt St. Galler Kantonsrat Etrit Hasler (SP) stört sich ganz grundsätzlich an den nun abgeschlossenen Untersuchungen. Er schreibt auf Anfrage der ZSZ: «Dass der Kantonsrat auf einen Beitrag zur öffentlichen Debatte reagierte, indem er eine veritable Hexenjagd mit eigenen Inquisito-

FALL MÖRGELI

Auch in anderen Fällen von Amtsgeheimnisverletzungen wurden in der Schweiz bereits sogenannte Verkehrsdaten von E-Mails analysiert. Um herauszufinden, wer in der «Affäre Mörgeli» vertrauliche Informationen rund um die Vorgänge beim Medizinhistorischen Institut an die Medien weitergeleitet hatte, verlangte die Zürcher Staats-

anwaltschaft vor zwei Jahren die Überprüfung von E-Mail- und Telefondaten aller Mitarbeiter und Studierenden der Uni Zürich. Nach der Untersuchung lieferte die Universität Listen mit Telefon- und Mailkontakten der Staatsanwaltschaft. Diese Universitätsangehörigen hatten in den untersuchten Zeiträumen Kontakt mit mehreren Medienhäu-

ren lostrat, sollte der Bevölkerung anlässlich der nächsten Wahlen eine Mahnung sein.» Weniger kritisch sieht Hasler die Durchsichtung von E-Mail-Daten der kantonalen Verwaltung nach Absender, Empfänger und Betreff, um das Leck ausfindig zu machen (ZSZ von gestern). «Ich gehe davon aus, dass niemand, der in der kantonalen Verwaltung arbeitet, und kein Mitglied der Regierung dumm genug wäre, eine Amtsgeheimnisverletzung über den Account des Kantons zu begehen.»

Trotz Bedenken von Datenschützern sagt auch SVP-Kantonsrat Louis, er finde diese Massnahme bei der kantonalen Verwaltung durchaus legitim. Den kantonalen Angestellten seien gewisse Kontrollen durchaus bewusst: «Dies haben mir ver-

schiedene Personen – teils auch implizit durch die strikte Verwendung der privaten Kommunikationsmittel in heiklen Fragen – auch bestätigt.»

Zur systematischen Analyse der E-Mail-Daten nicht äussern wollen sich die Personalvertreter der Verwaltungsangestellten: Eine VPOD-Sekretärin ist Mitglied der zuständigen Rechtspflegekommission, eine zweite VPOD-Vertreterin amtiert als Geschäftsleiterin der Kommission. Der Präsident des Verbands des St. Galler Kantons- und Gemeindepersonals, Benno Lindegger, will sich ebenfalls nicht äussern. Als Rechtsanwalt leitete er die Administrativuntersuchung der Regierung und war bei der Auswertung der E-Mail-Daten persönlich beteiligt.

Conradin Knabenhans

ern. Zwei Rechtsanwälte und der Zürcher Datenschützer untersuchten diese Vorkommnisse. Die Anwälte halten in ihrem Gutachten fest, eine Zwangsmassnahme setze besondere Verdachtsmomente gegen die betroffenen Personen voraus. Da dies nicht der Fall gewesen ist, sei das Prinzip der Verhältnismässigkeit verletzt worden. *cn*